



**UNSER
WAHL
PROGRAMM**

1. FAMILIE UND ERZIEHUNG

Familien stärken und Genderideologie stoppen

Der Schutz der Familie hat den höchsten Stellenwert. Das Erziehungsrecht liegt bei den Eltern und keinesfalls beim Staat.

Etwa 90% der Familien in Deutschland bestehen aus Vater, Mutter und Kind oder einem Elternteil und Kind. Derzeit erlebt Sachsen einen rapiden Geburtenrückgang. Die Antwort hierauf kann nicht die Schließung von Kindergärten und Schulen gerade im ländlichen Raum sein, sondern eine Herabsetzung des Betreuungsschlüssels und Klassenteilers. Auch die Attraktivität von Erzieher- und Lehrerberufen wird hierdurch erhöht.

Eltern müssen frei entscheiden können, ob sie ihre Kinder selbst betreuen oder eine flexible Ganztagsbetreuung in vorschulischen Einrichtungen oder der Schule in Anspruch nehmen. Wir setzen uns ein für gesundes Mittagessen in allen Kindertageseinrichtungen und Schulen ein. Die Eltern sollen sich an den Kosten beteiligen.

Wir setzen uns für eine **ideologiefreie, politisch und weltanschaulich neutrale Erziehung und Bildung** ein.

Frühsexualisierung, Gender- sowie Transgenderideologie haben in Kindergarten und Schule nichts zu suchen. Die Kinder sind altersgemäß an diese Themen heranzuführen.

Der Schutz des ungeborenen Lebens gemäß den Regelungen vor Mai 2024 ist aus unserer Sicht ausreichend und sollte unverändert beibehalten werden. Darüber hinaus liegt uns die Unterstützung von Paaren, die trotz Kinderwunsch kinderlos bleiben, am Herzen.

Wir stehen für eine ressortübergreifende wertschätzende Familienpolitik, welche die Entscheidung der Eltern für Kinder fördert, zum Beispiel durch den Ausbau des Elterngelds, finanzielle Formen der Anerkennung und Steuervorteile für die Elternzeit. Sächsische Programme müssen jungen Familien zusätzliche Hilfen geben, um wirtschaftlichen Unsicherheiten, ein erhöhtes Armutsrisiko und eine permanente Überbelastung durch Beruf und Familie abzuwenden. Das sächsische Landeserziehungsgeld ist erheblich aufzustocken.

Bei der Auszahlung des Kindergeldes sind Korrekturen vorzunehmen. Das Kindergeld darf nicht an Scheinväter ausgezahlt werden, die in betrügerischer Absicht die Vaterschaft eines Kindes gem. § 1592 BGB anerkennen.



2. SCHULE UND BILDUNG

Ideologiefreie Bildung sicherstellen

Gute Schulbildung ist die Grundlage für die Entwicklung einer freien Persönlichkeit und des gesellschaftlichen Wohlergehens.

Wir stehen für eine **Gleichstellung staatlicher und privater Bildungseinrichtungen**. Die Schulform ist von den Eltern frei zu wählen.

Förderschulen müssen erhalten bleiben.

Der Unterrichtsausfall in Sachsen ist dramatisch. Es fallen 100.000de von Unterrichtsstunden aus und dies obwohl an den drei Standorten Dresden, Leipzig und Chemnitz Lehrer ausgebildet werden. Bei der letzten PISA Studie 2023 in den Fächern Mathematik, Naturwissenschaften und Lesen ist Sachsen dramatisch abgesackt.

Das **Abitur** muss wieder die **Studierfähigkeit garantieren** und wirklich die allgemeine Hochschulreife attestieren.

Die hohe Schulabbrecher-, Ausbildungsabbrecher- und Studienabbrecherquote ist alarmierend. Oft fehlt es an der Leistungsbereitschaft und der Leistungsfähigkeit.

Die gute digitale Grundausstattung der Schulen muss endlich flächendeckend abgeschlossen werden.

Ideologisierte Bildung und die Gendersprache lehnen wir ab. Wir betonen die Förderung der deutschen Sprache und Kultur.

Für den schulischen Erfolg sind Leistungsbereitschaft und Eigenverantwortung unabdingbare Voraussetzung. Kopfnoten (Betragen, Fleiß, Mitarbeit, Ordnung) sind wesentliche Indikatoren für diese Eigenschaften. Aus diesem Grund vertritt die WerteUnion an Ansicht, dass **Kopfnoten weiterhin in Schulen vergeben** werden sollen.

Die WerteUnion setzt sich für ein **mehrgliedriges und durchlässiges Schulsystem** ein, das nach Leistungsanspruch und Bildungsprofil differenziert.



3. HOCHSCHULE UND WISSENSCHAFTSFREIHEIT

Autonomie der Hochschulen stärken

Die WerteUnion steht für die Autonomie der Wissenschaft.

Sie will die Freiheit in Forschung und Lehre von politischen und ideologischen Abhängigkeiten befreien.

Wissenschaftler müssen wieder **frei von ökonomischen Vorgaben** arbeiten können und dürfen keinen Beeinflussungen seitens der Politik unterliegen. Nur eine **ergebnisoffene, freie Forschung** ist zu neuen Erkenntnissen und Technologien fähig.

Die Hochschulautonomie erfordert auch die **Abschaffung der Bologna-Reform**. Die Umsetzung der Bologna-Reform verwischte ohne Not die Unterscheidung nach Berufsorientierung (Duale Ausbildung, Fachhochschulen, Berufsakademien) und Wissenschaftsorientierung (Universitäten, Forschungsinstitute, Akademien der Wissenschaft).

Sie hat im Fall der Universitäten das Humboldt-sche Bildungsideal durch einseitig verstandene, die Persönlichkeitsbildung in den Hintergrund stellende Arbeitsmarktorientierung ersetzt und umgekehrt viele Berufsausbildungen akademisiert. Die Folge war eine Niveausenkung.

Mathematisch-naturwissenschaftliche und technische Disziplinen sind an den Universitäten und Hochschulen zu **fördern**.

Genderlehrstühle lehnen wir ab.

Die fehlende Studierfähigkeit vieler Abiturienten muss zu einer Anpassung der schulischen Lehrpläne führen und kann nicht nur durch Vorbereitungskurse der Hochschulen aufgefangen werden.

4. MEDIEN UND MEINUNGSFREIHEIT

Unabhängige Medien stärken und Zensur stoppen

Die WerteUnion fordert parteipolitisch unabhängige, öffentlich-rechtliche Medien.

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk in der bestehenden Form wird abgeschafft und im Rahmen der gesetzlich verankerten, werbefreien Grundversorgung und ohne Zwangsgebühren neu aufgesetzt.

Die WerteUnion lehnt jede Form von Zensur ab. Die Grenzen der Meinungsfreiheit werden allein durch das Grundgesetz und das Strafgesetzbuch gezogen.

Die Medien haben als vierte Gewalt eine wichtige Funktion. Wir erwarten, dass sie wahrheitsgetreu, schnell und kritisch, politisches Handeln begleiten und Missstände klar benennen. Sie sind wichtiges Korrektiv zum Staat. Eine **kritische Distanz zu Parteien, Legislative und Exekutive** sind dafür eine unverzichtbare Voraussetzung.

Wir vermissen eine transparente Fehlerkultur nach veröffentlichten Grundsätzen.

In einem ersten Schritt ist eine **Zentrierung des ÖRR gem. Art. 5 GG** auf Information, Bildung, Kunst, Kultur und Beratung zu realisieren.

Das neue Programm wird geprägt durch vertiefte, vielfältige Angebote. Es gibt eine klare Unterscheidbarkeit zwischen öffentlich-rechtlichen und privaten Angeboten.

Der Programmbereich „Information“ findet zur Primetime zwischen 19 bis 23 Uhr statt. Der Gesetzgeber legt für diese Sparte ein Mindestbudget fest, z. B die Hälfte des Gesamtbudgets.

Der ÖRR nimmt am **Medienqualitätsrating** wie in der Schweiz teil.



5. KUNST UND KULTUR

Deutsche Kultur fördern

Sachsen verfügt über eine reiche Kulturlandschaft, überdurchschnittlich viele Theater, Orchester, Museen und ein vielfältiges Brauchtum. Diesen Schatz gilt es zu bewahren.

Den Juwelenraub im Grünen Gewölbe, wegen mangelnder Sicherheitsmaßnahmen, und auch die Umbenennung von historischen 143 Kunstwerken, wie den „Mohr mit der Smaragdstufe“ haben die Staatlichen Kunstsammlungen Dresden zu verantworten.

Die Rückgabe der Benin-Bronzen an Nigeria, in der Kolonialzeit auf Auktionen in England erworben, führte letztendlich zur Rückgabe an die Obakönigsfamilie und nicht zur Ausstellung in einem von Deutschland finanzierten Museum in Nigeria.

Wir wünschen uns professionelles Handeln staatlicher Stellen.

6. SORBEN

Kulturelle Identitäten bewahren

Die Heimat der Sorben ist die Lausitz. Die zweisprachige Beschriftung der Ortschilder ist deutlich sichtbar. Die Rechte der nationalen Minderheit werden geachtet.

7. ERNÄHRUNGSSICHERHEIT, LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT

Grundversorgung mit regionalen Produkten sichern

Die WerteUnion betrachtet die deutsche Landwirtschaft als Grundversorger unserer Bevölkerung.

Wir brauchen eine grundlegende Wende in der Agrarpolitik. Die ideologisch motivierten Fremdsteuerungen durch die EU und Naturschutzverbände lehnen wir ab. Zunächst fordern wir die **Anpassung oder Aussetzung von Vorgaben und EU-Regelungen für kleinere und mittlere Betriebe.**

Die Agrargenossenschaften als regionale Arbeitgeber werden wir fördern.

Wir stehen für eine **praxisorientierte, ideologiefreie Landwirtschaft** mit europaweit einheitlichen Standards.

Alle importierten Lebensmittel müssen diese Standards erfüllen. Der Markt für Grundnahrungsmittel ist vor Billigimporten zu schützen. Die Grundversorgung mit Agrarprodukten aus heimischer Produktion ist zu unterstützen.

Wir schätzen Produkte aus konventioneller Landwirtschaft und ökologischem Anbau.

Die Landwirte benötigen kostendeckende Preise für ihre Erzeugnisse und Planungssicherheit. Der Einzelhandel wird verpflichtet, die Herkunft der Lebensmittel zu kennzeichnen.

Die WerteUnion setzt sich für eine **klassische Züchtungstechnik anstelle von Gentechnik** ein. Wir wollen eine Volldeklaration über den Einsatz gentechnisch veränderter Verfahren und Produkte.

Die Bodenspekulation von Großinvestoren ist zu unterbinden. Ortsansässige Landwirte verlieren sonst ihre Lebensgrundlage.

Der Schutz von Wildtieren ist auf ein sinnvolles Maß zu begrenzen. Auffällige Wölfe sind umgehend zu entnehmen.



8. MEDIZINISCHE GESUNDHEIT UND VERSORGUNG

Für eine sinnvolle medizinische Versorgung

Die WerteUnion will ein solidarisches Gesundheitssystem.

Die WerteUnion will ein solidarisches Gesundheitssystem mit einer hochwertigen, flächendeckenden Versorgung, ohne Kommerzialisierung der Krankenhäuser und mit einem umfassenden Ausbau der Pflege.

Die WerteUnion fordert eine **gründliche Aufarbeitung der Corona-Politik**, um deren schwere Fehler zukünftig zu verhindern.

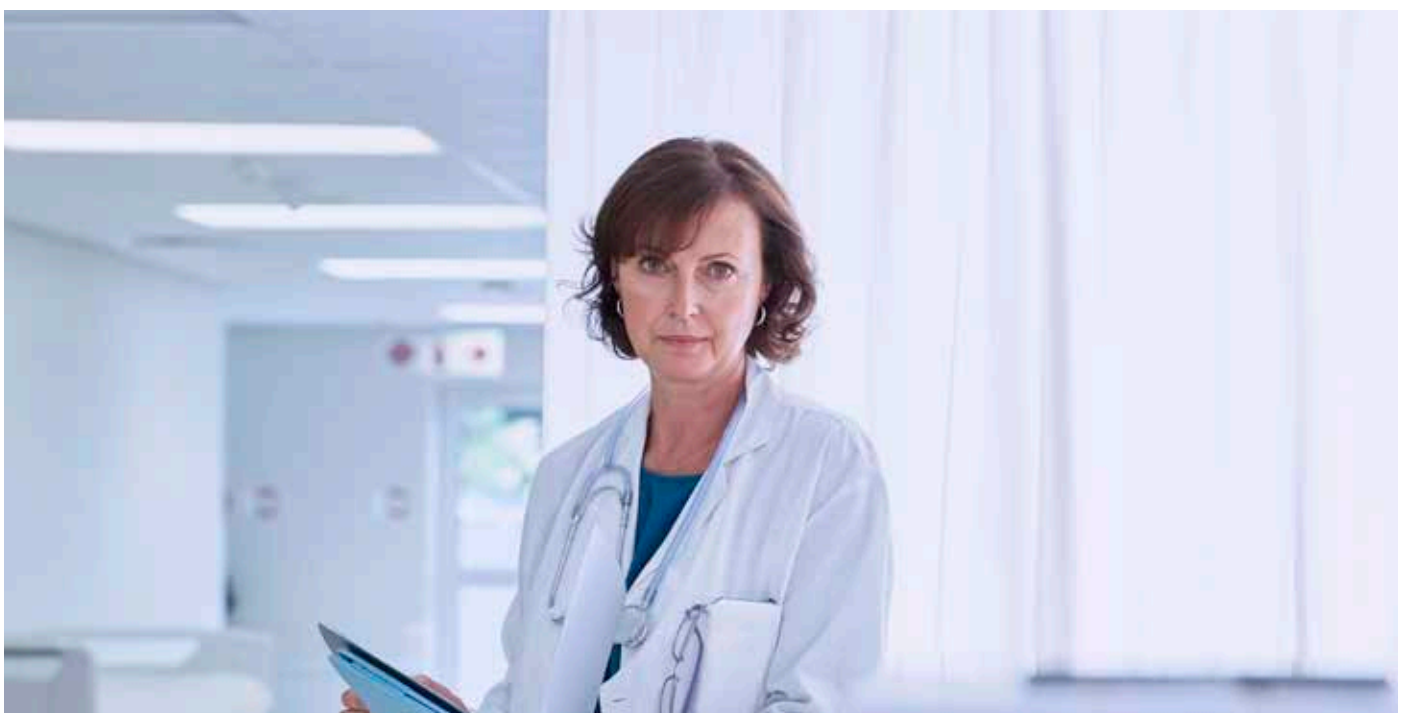
Sie lehnt eine Impfpflicht und Zwangstherapien sowie die Verträge mit der WHO ab.

Die Umsetzung der gesetzlich vorgeschriebenen Barrierefreiheit im öffentlichen Raum ist zu gewährleisten und staatlich zu fördern.

Die **häusliche Pflege** und Versorgung muss besonders **gestärkt** werden.

Der Eigenanteil an den Pflegekosten ist dramatisch gestiegen. Sehr oft reicht die Rente nicht aus. Derzeit umfasst der Eigenanteil auch die Investitionskosten für die Immobilie und die Ausbildungskosten, der im Heim Beschäftigten. Dies lehnen wir ab.

Die **medizinische Versorgung des ländlichen Raumes muss** durch ein Landärzte-, Zahnärzte- und Pharmazieprogramm **sichergestellt werden**. Bewerber für diese Studiengänge, die nach dem Examen aufs Land gehen, müssen bei der Studienplatzvergabe bevorzugt werden. Die Krankenhausschließungen im ländlichen Raum sind zu stoppen.



9. MOBILITÄTSPOLITIK

Einen zukunftsfähigen Mobilitätsmix ohne Ideologie gewährleisten

Mobilität ist eine tragende Säule der Freiheit.

Eine weitere ideologiegetriebene Beeinflussung der Mobilität von Menschen und Gütern wird es mit uns nicht geben.

Eine **funktionierende Logistik** ist ein **Schlüssel für wettbewerbsfähige Wirtschaft**.

Die Modernisierung und der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur sind dringend geboten aufgrund des aktuellen desaströsen Zustandes.

Wir fordern den dreispurigen Ausbau der Autobahn A4 Dresden – Görlitz.

Der Wettbewerb im Verkehrssektor ist wieder herzustellen. Wir wollen bei allen Verkehrsträgern eine klare Trennung von Infrastruktur, bereitgestellt durch den Staat und dem Betrieb durch private Anbieter.

Dies gilt auch für die Bahn, für die eine Trennung von Netz und Betrieb überfällig ist. Investitionsentscheidungen werden auf der Basis von Wirtschaftlichkeit und Umweltschutz getroffen.

Im ländlichen Raum werden die Bewohner noch sehr lange ein Auto benötigen. Wir sprechen uns für **uneingeschränkte Technologieoffenheit** aus und **lehnen ein Verbot von Verbrenner-Motoren ab**.

10. ENERGIE- UND UMWELTPOLITIK

Grundlastfähige und stabile Energiepolitik umsetzen

Deutschland verursacht ca. 2% der globalen CO²-Emissionen. CO₂ darf nicht besteuert werden. Es ist die Grundlage des Lebens, da die Nahrungskette auf CO₂ und dessen Umwandlung basiert.

Die WerteUnion will dazu beitragen, die sogenannte **Energiewende zu beenden**. Die Nutzung von Wald und landwirtschaftlichen Flächen für die Errichtung von Energieanlagen lehnen wir ab.

Wir setzen uns für einen kostengünstigen, umweltverträglichen und zuverlässigen **Energiemix inklusive Kernenergie** ein. Umweltschutz muss von jeglichem ideologischen Ballast befreit werden. Im Namen des Umweltschutzes dürfen die Lebensgrundlagen des Menschen nicht zerstört werden.

Sachsen hat die weltweit saubersten und effizientesten Kohlekraftwerke der Welt. Sie liefern preiswerte, grundlast- und regelfähige Energie (plötzliche Energieschwankungen auszugleichend).

Unsere Gaskraftwerke sind auf dem neuesten Stand. Einen **Ausstieg aus der Kohleverstromung bis 2038** ist aus unserer Sicht zu früh und somit **unrealistisch**.

Die Kompensation tausender Industriearbeitsplätze in der Lausitz ist nicht in Sicht. Die bewusste, politisch motivierte Verteuerung der Nutzung von Kohle und Gas zur Privilegierung der erneuerbaren Energien muss gestoppt werden.

Wir brauchen eine breite öffentliche Diskussion und wissenschaftliche Erfassung der Umweltschäden durch Anlieferung, Betreiben und Entsorgung der Windkraftanlagen, schädliche Auswirkungen von Windkraftanlagen auf Mensch und Tier, das Klima, die Landschaft und die natürlichen Ökosysteme. Der erzeugte Strom aus erneuerbaren Energien ist immer noch nicht speicherfähig.

Deutschland hat sich in Art. 20 a GG zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen heutiger und zukünftiger Generationen verpflichtet.

Zwangsmaßnahmen bei Heizungsanlagen und Gebäudedämmung lehnen wir ab.

Kreislaufwirtschaft zur Vermeidung von Abfall wird durch uns **gefördert**.



11. DIGITALISIERUNG

Innovationskraft und Effizienz stärken

Die Digitalisierung im Mittelstand ist entscheidend für Wettbewerbsfähigkeit, Effizienzsteigerung und Innovationskraft.

Vor diesem Hintergrund fordert die WerteUnion Investitionen in den **Ausbau der digitalen Infrastruktur**.

Der **freie und unzensurierte Zugang zum Internet** muss flächendeckend gesichert sein.

Die Digitalisierung staatlicher Dienstleistungen muss ebenso vorangetrieben werden, um deren Effizienz zu erhöhen und die Bürokratie zu reduzieren.

Die WerteUnion setzt sich für den Aufbau und die Stärkung einer **nationalen Cybersicherheitsinfrastruktur** ein, die sowohl staatliche als auch private Netzwerke umfasst.

Die digitale Transformation kombiniert mit dem Einsatz von künstlicher Intelligenz bietet für unsere Gesellschaft vielfältige Chancen. Die WerteUnion setzt sich für einen öffentlichen **Diskurs zu den Chancen, Risiken und Konsequenzen von künstlicher Intelligenz (KI)** in unserer Gesellschaft ein.



12. LÄNDLICHER RAUM

Leben auf dem Land attraktiv gestalten

Die Werteunion setzt sich für die Stärkung des Ländlichen Raumes ein.

Die Abwanderung muss gestoppt werden. Dies ist eine Querschnittsaufgabe, wie sie den übrigen Kapiteln entnehmen können.

Vor Ort muss es Geschäfte, Kindergärten, Schulen, Ärzte, Zahnärzte, Apotheken, Pflegeeinrichtungen, Feuerwehr und Verwaltung geben.

Handwerk, Land- und Forstwirtschaft und unsere Unternehmer bilden das Rückgrat unserer Gesellschaft.

Die **Mobilität** vor allem der Schüler und älteren Mitbürger **muss gesichert werden**.

Wir müssen unser überzeugendes **touristisches Angebot stärken** und weiter ausbauen.



13. INNERE SICHERHEIT

Terrorismus, Extremismus und Spionage entschieden entgegenwirken

Die innere Sicherheit, der Schutz unserer Bürger, ist verfassungsrechtliche Verpflichtung und Kernaufgabe des Staates.

Gerade die **Bekämpfung von organisierter Kriminalität, Korruption und Grenzkriminalität** sind Hauptaufgaben.

Die Sicherheitsbehörden und die Justiz brauchen dafür geeignete Strukturen und die notwendigen Befugnisse.

Die unabhängige Justiz, Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienste sowie Katastrophenschutz werden gestärkt und zukunftsfähig gemacht.

Der **politische Islam** ist eine **ernste Gefahr**. Israel-feindliche und antisemitische Kundgebungen sind nicht hinnehmbar. **Die Ausrufung des Kalifats ist ein Verfassungsbruch.**

Der Verfassungsschutz hat die verfassungsmäßige Ordnung zu schützen.

Versuche, den **Verfassungsschutz als Regierungsschutz** zu missbrauchen, **treten wir entschieden entgegen.**

Als Inlandsgeheimdienst hat der Verfassungsschutz seine Bürger vor terroristischen Anschlägen zu schützen. Hinweise auf Anschlagpläne in Deutschland kommen derzeit oft von auswärtigen Geheimdiensten.



14. VERFASSUNG, RECHT UND VOLKSABSTIMMUNGEN

Freiheitliche Demokratie stärken

Wir fordern eine klare Gewaltenteilung.

Die WerteUnion ist eine konservative und zugleich liberale Partei. Wir fordern eine klare Gewaltenteilung. Das bedeutet **Trennung von Parlament und Regierung** sowie die **Unabhängigkeit der Justiz** und der Staatsanwaltschaften von politischen Eingriffen.

Die Nachhaltigkeit, Transparenz und Unabhängigkeit von Regierungshandeln zum Wohle unserer Bürger muss wieder im Vordergrund stehen.

Wir **fordern** eine **demokratische Kontrolle** und Beschränkung der Macht der Parteien durch Politikerhaftung, Volksbegehren und Volksentscheide.

Die Hürden für Volksbegehren und Volksentscheide wollen wir absenken.

Die sogenannte Klimakrise legitimiert keine Straftaten und auch nicht die Einsetzung demokratisch nicht legitimierten Organisationen wie einem Bürgerrat.

Die Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre ist mit uns nur möglich, wenn auch das Strafrecht für Erwachsenen auf 16 Jahre herabgesetzt wird.



15. DAS POLITISCHE MANDAT

Fachkompetenz anstelle von Quoten

Politiker müssen vor einer Kandidatur Ausbildung und Berufserfahrung nachweisen.

Vom Volk gewählte Politiker üben ihr Mandat nur zeitweise in der entsprechenden Legislaturperiode aus. Das damit verbundene Einkommen ist in erster Linie eine Aufwandsentschädigung, nicht ein Gehalt im üblichen Sinne.

Politiker müssen daher vor einer Kandidatur Ausbildung und Berufserfahrung nachweisen.

Die Amtszeit von Mitgliedern der Landesregierung und Landtagsabgeordnete ist auf zwei Legislaturperioden zu begrenzen.

Dadurch kann die Bildung einer Berufspolitiker-kaste vermieden werden, die vom Wohlwollen der Parteien abhängig ist.

Dies trägt dazu bei, eine **unabhängige Amtsführung der Mandatsträger** sicherzustellen.

Wir lehnen die Besetzung von öffentlichen Stellen durch Quoten ab. Qualität und nicht Quoten sollen über die Besetzung von Positionen entscheiden.

16. SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT, WIRTSCHAFT UND SOZIALPOLITIK

Regulierungen stoppen und Wettbewerbsfähigkeit stärken

Die soziale Marktwirtschaft ist die Grundlage unserer Wirtschaftspolitik. Wir wollen eine aktive Wettbewerbspolitik.

Unser Ziel dafür ist ein **schlanker und leistungsfähiger Staat**.

Wir stehen für den Schutz unserer heimischen Wirtschaft vor übergriffigen EU-Richtlinien und deren Bürokratie.

Planwirtschaftliche, staatliche Eingriffe in die Wirtschaft, auch durch falsche Förderpolitik und massenhafte Umverteilung **müssen unterbunden werden**.

Wir fordern die **Beendigung der Fremdsteuerung der Wirtschaftspolitik** durch staatlich alimentierte, sogenannte „Nichtregierungsorganisationen“, z. B. bei der „Energiewende“, „Verkehrswende“ und im Naturschutz.

Viele Wirtschaftsunternehmen verlagern ihre Standorte ins Ausland insbesondere nach Osteuropa. Die WerteUnion will das **Handwerk stärken. Sachsen muss wieder das Land der Tüftler und Bastler werden**.

Die WerteUnion steht für die Förderung von Wohneigentum und **Abschaffung des Gebäudeenergiegesetzes** oder ähnlicher enteignungsgleicher Regelungen.

Nicht ordnungskonforme Eingriffe in die Mietpreisbildung, insbesondere einen „**Mietpreisdeckel**“, **lehnen wir** genauso **ab** wie ein Mietrecht, das Investitionen in den Wohnungsbau behindert.

Sozial Schwachen und Rentnern steht eine auskömmliche finanzielle und materielle Versorgung zu. Versicherungsfremde Leistungen sind nicht aus der Rentenkasse zu bezahlen. **Das Rentensystem muss zukunftsfähig finanziert werden**.

Unser Sozialsystem muss vor jedwedem Missbrauch geschützt werden.



17. FINANZ- UND STEUERPOLITIK

Einfaches und transparentes Steuersystem, welches Leistung fördert

Die WerteUnion ist für ein einfaches, gerechtes und leistungsfreundliches Steuersystem mit einer Senkung des Einkommensteuertarifs.

Die Unternehmensbesteuerung muss international wettbewerbsfähig werden. Wir fordern die **direkte Beteiligung der Gemeinden an der Einkommens- und Körperschaftsteuer**.

Insgesamt sind die Länder und Gemeinden an den Einnahmen des Staates stärker zu beteiligen. Die **staatliche Ausgabenpolitik** hat **wirtschaftlich und sparsam** zu erfolgen (Radwege in Peru, Entwicklungshilfe für China und Indien...).

Die **Staatsverschuldung** ist strikt zu **begrenzen**, die Schuldenbremse einzuhalten.

Die Gewerbesteuer ist abzuschaffen.

Der deutsche Staat greift durch die hohe Steuer- und Abgabenlast den Arbeitnehmern tief in die Tasche. Von jedem verdienten Euro verbleibt dem Arbeitnehmer 47,40 Cent.

Die massenhafte Umverteilung des Staates, oft motiviert durch parteipolitische Glaubenssätze wie Atomausstieg, Energie- und Mobilitätswende und Bürgergeld für Ausländer kosten den Steuerzahler Milliarden.

Der Staat vernachlässigt die Erfüllung seiner Pflichtaufgaben, gerade auf dem Gebiet der Daseinsvorsorge gegenüber seinen Bürgern.

Eine **Mithaftung für die Schulden anderer EU-Mitgliedstaaten lehnen wir** genauso **ab** wie die Einführung von EU-Steuern.

Bargeld ist Freiheit. Deshalb **lehnen wir eine Abschaffung von Bargeld strikt ab**; ebenso die Einführung eines digitalen EURO als alleiniges Zahlungsmittel.

Auch den **Gläsernen Bürger**, kontrolliert von der Anti-Geldwäsche-Behörde und dem Vermögensregister, **lehnen wir ab**.



18. KOMMUNALPOLITIK

Kommunale Selbstverwaltung stärken

Die kommunale Selbstverwaltung muss vor Übergriffen von EU, Bund und Land geschützt werden.

Kommunen und Landkreise sind durch den kommunalen Finanzausgleich ausreichend zu finanzieren.

Die Förderpolitik für kommunale Projekte ist so weit wie möglich von der Zweckbindung zu befreien und den Kommunen die Verwendung der Mittel in eigener Entscheidung zu überlassen.

19. VERTEIDIGUNGS- UND SICHERHEITSPOLITIK, BUNDESWEHR

Den Schutz der Bürger stärken

Erhaltung und Sicherung des Friedens muss stets das Primat in der deutschen Politik haben.

Die WerteUnion bekennt sich zur NATO als reines Verteidigungsbündnis der Mitgliedsstaaten.

Wir setzen uns für eine angemessene Ausstattung der Bundeswehr ein.

Erhaltung und Sicherung des Friedens muss stets das Primat in der deutschen Politik haben.

20. AUSLÄNDER UND ASYLRECHT

Unkontrollierte Migration beenden

Die millionenfache Ansiedlung von Ausländern unter ideologisch motivierter Aufweichung des Asylrechts wird beendet.

In Deutschland sind Ausländer willkommen, wenn sie unsere Gesetze respektieren und bereit sind, sich in Deutschland einzugliedern und unsere Werte, das Grundgesetz und die Sächsische Verfassung anzuerkennen.

Das Asylrecht wird nur als Schutzrecht für tatsächlich politisch Verfolgte wiederhergestellt. Die millionenfache Ansiedlung von Ausländern unter ideologisch motivierter Aufweichung des Asylrechts wird beendet.

Parallelgesellschaften, die deutsches Recht missachten, werden nicht geduldet.

Die Zuwanderung von Arbeitskräften wird begrüßt, wenn sie für die deutsche Wirtschaft erforderlich sind. Eine **Einwanderung in unsere Sozialsysteme ist zu unterbinden.**

Die europäische Asylpolitik ist gescheitert. Die EU Außengrenzen werden nicht geschützt. Deutschland ist völlig überlastet. Aus diesem Grunde fordern wir, die **Grenzkontrollen zu Polen und Tschechien zu intensivieren und zu verstetigen**, wie schon lange zu Österreich.

Asylbewerber sind bereits an diesen Grenzen zurückzuweisen. Bei unbegleiteten Minderjährigen ist die medizinische Altersfeststellung unabdingbar.

Abgelehnte Asylbewerber haben kein Bleibe-recht, sondern müssen unser Land zügig verlassen.

Der **Familiennachzug** für subsidiär Schutzberechtigte und das freiwillige Aufnahmeprogramm Afghanistan von 2022 werden **gestoppt**.

Ziel muss die zügige Einführung einer bundes-einheitliche Bezahlkarte für Asylbewerber sein.

Mehrfach- und Intensivstraftäter sind sofort auch nach Syrien, Afghanistan und in die Maghreb-Staaten abzuschicken. Bis zur Abreise leben sie in Aus-reisezentren.



21. EUROPA- UND AUSSENPOLITIK

Für ein friedvolles Miteinander in Europa

Ein Europa der Vaterländer ist Schwerpunkt unserer Europapolitik.

Die WerteUnion gibt in der deutschen Außenpolitik nationalen Interessen den Vorrang.

Deutschland muss wieder ehrlicher Makler der internationalen Diplomatie und Verständigung werden.

Der Rückbau der Zentralisierung und Bürokratisierung der Europäischen Union zugunsten einer föderalen Struktur mit einem Europa der Vaterländer ist Schwerpunkt unserer Europapolitik.

Eine europäische Sicherheitsarchitektur muss langfristig die Interessen Russlands einbeziehen.

22. NIEMAND WIRD DEN UKRAINE-KRIEG GEWINNEN

Eine diplomatische Lösung heißt, dass die legitimen Interessen der Ukraine und die Sicherheitsinteressen Russlands respektiert werden.

Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine ist völkerrechtswidrig. Der Krieg entwickelt sich immer mehr zu einem Stellungskrieg. Niemand wird diesen Krieg gewinnen.

Es gibt jahrhundertealte Beziehungen zwischen Europa und Russland. **Dauerhaften Frieden wird es in Europa ohne Russland nicht geben.**

Deutschland hat ein ureigenes Interesse daran, diesen Krieg schnellst möglich zu beenden. Es ist eine Tatsache, dass **die Sanktionen Deutschland stärker schaden als Russland.**

Wir brauchen einen umsichtigen Diplomaten im Format von Henry Kissinger oder Hans-Dietrich Genscher, um die ersten Schritte Richtung neuer Friedensordnung zu gehen.

Der dreißigjährige Krieg wurde am 24.10.1624 beendet, weil er unendliches Leid, unendliche Opfer gefordert hatte und nur Verlierer brachte.

Eine diplomatische Lösung heißt, dass die legitimen Interessen der Ukraine und die Sicherheitsinteressen Russlands respektiert werden.